

## Referat der Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Saarland 2018 (2. Tag, 28.04.18)

Referent: Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 5. Mai 2018 feiern wir den 200. Geburtstag von Karl Marx. Um den Geburtstag herum ist ein heftiger Streit darüber ausgebrochen, ob man dieses Ereignis feiern dürfe oder ob in Trier zu diesem Anlass eine Statue aufgestellt werden darf. Es ist ermutigend, dass die antikommunistischen Geiferer, die Marx für die Verbrechen der Stalin Zeit ursächlich verantwortlich machen wollen, zwar durch markige Sprüche auffallen aber ansonsten auf wenig Resonanz stoßen. Sie sind deshalb so aufgeregt, weil Marx spätestens seit der Krise 2008/2009 wieder Thema ist. Weil keiner um Marx herumkommt, der sich gründlich mit der Analyse des Kapitalismus beschäftigen möchte. Wir Kommunistinnen und Kommunisten feiern Marx nicht aus Nostalgie oder aus Trotz sondern weil wir wissen, dass es ohne eine sich fortwährend weiterentwickelnde marxistische Wissenschaft und Weltanschauung keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Menschen, der Arbeiterklasse, geben wird. Immer mehr Menschen sind davon überzeugt, dass die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer immer ungleicheren Reichumsverteilung, mit ihrem Ressourcenverbrauch und ihrer erbarmungslosen Konkurrenz keine Zukunft haben wird. Lasst uns deshalb das Marxjahr zum Anlass nehmen, uns nicht nur über das auch am Hauptbahnhof Saarbrücken erhältliche Marx-Brot zu freuen sondern lasst uns mit diesen Menschen, die ihre Zweifel offen äußern, ins Gespräch kommen. Nicht im Sinne von Missionieren oder als die Hüter der Wahrheit sondern als Diskussions- und Kampfpartner für eine andere Gesellschaft ohne Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung.

Wie notwendig eine Veränderung unserer Gesellschaft geworden ist, erkennen wir doch jeden Morgen wenn wir in die Zeitung schauen oder das Radio anschalten.

Erstes Beispiel: Geflüchtete werden unter unmenschlichen Bedingungen in Libyen an ihrer Reise nach Europa gehindert. Wieder ertrinken mehr Menschen, weil die Hilfen der EU-Staaten zurückgefahren wurden und Hilfsorganisationen massiv behindert werden. Immer mehr Menschen sterben auf der Flucht durch die Wüste. Der Abschottungskurs der EU-Staaten ist menschenverachtend. Deshalb bleiben wir dabei: Grenzen schließen für Waffen – Grenzen öffnen für Menschen.

Ich kann Positionen in der Partei DIE LINKE nicht nachvollziehen, die einen Gegensatz aufmachen zwischen Offenen Grenzen für Geflüchtete und einer konsequenten Politik der sozialen Interessenvertretung. Seit wann ist das Prinzip des Internationalismus in der Linken so auf den Hund gekommen. Seit wann machen wir Unterschiede zwischen dem hungernden Fischer in Eritrea und dem Hartz IV-Empfänger in Deutschland. So etwas endet doch letztlich im Slogan: Deutsche Arme zuerst. Karl Marx würde sich im Grab umdrehen!

Zweites Beispiel: Der Krieg in Syrien ist nicht nur ein blutiges Drama für die Menschen in der Region. Er wird mehr und mehr zum direkten Konfrontationsfeld zwischen West und Ost. Die unterschiedlichen Interessen eines auf Kleptokratie und Oligarchie gründenden kapitalistischen Russland und der auf Unterstützung ihres immer aggressiver auftretenden transnationalen Kapitals ausgerichteten westlichen kapitalistischen Staaten prallen immer heftiger aufeinander. Die Hauptgefahr geht dabei von einer sich weiter ausdehnenden NATO und ihrer auf Hochrüstung ausgelegten Strategie des Regime change aus. Aber auch die Großmachtspolitik Russlands behindert massiv Veränderungen im Interesse der Menschen in Syrien. Hat denn die Kriegsführung Russlands und Syriens mehr Rücksicht auf die Zivilbevölkerung in Aleppo oder Ost-Ghuta genommen als die von den USA unterstützten irakischen Truppen in Mossul?

Wir haben es doch hier nicht mit einer Situation zu tun wie beim Vietnamkrieg. Das Assad-Regime hat sich delegitimiert, als es vor über sieben Jahren die damals friedlichen Proteste vor dem Krieg brutal mit Militär unterdrückt hat. Sie hat dem Westen den Vorwand geliefert, diesen Konflikt in unverantwortlicher Weise bis zu einem Krieg mit bislang 400.000 Toten zu eskalieren. Nein, in diesem Konflikt gibt es kein einfaches Schwarz-Weiß sondern die USA als Hauptverantwortliche für den Krieg auf der einen und eine von Russland unterstützte Regierung, die ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung einen Krieg geführt und zunächst gewonnen hat. Dieses militärische Ergebnis wollen die NATO-Staaten nicht akzeptieren.

Solange die syrische Führung unter Assad ihre Militärstützpunkte und ihren Pipelinebau in der Region garantiert, wird sie durch die russische Führung auf Gedeih und Verderb unterstützt. Fortschrittliche Ansätze wie die der Kurden in Rojava drohen in diesem Stellvertreterkrieg unterzugehen, weil sie sich insbesondere gegen die türkische Aggression, gegen dschihadistische Truppen, aber auch gegen die Regierung in Damaskus behaupten müssen. Ihnen gilt unsere Solidarität!

Wie soll dieser nun sieben Jahre dauernde Krieg beendet werden? Sicher nicht durch die völkerrechtswidrigen Angriffe der drei NATO-Staaten. Es muss darum gehen, den unterschiedlichen Parteien in diesem Konflikt die Möglichkeit zu nehmen, weiter Krieg zu führen. Durch einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen unter Kontrolle der UNO. Alle gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen Syriens müssen an der Entwicklung einer Nachkriegsordnung beteiligt werden.

Und ausgerechnet der neue Außenminister aus dem Saarland gebärdet sich nun auf der internationalen Ebene als Scharfmacher. Hat er völlig vergessen, wo er herkommt? Wir Saarländerinnen und Saarländer wissen seit Generationen, was Konflikte unter kapitalistischen Staaten anrichten können, wenn sie militärisch eskalieren. Es hat Jahrzehnte gedauert, den Erzfeind Frankreich aus den Köpfen zu bekommen. Soll nun der Erzfeind Russland wiederbelebt werden? Ich schlage vor, einen Offenen Brief von Personen der saarländischen Friedensbewegung an den Minister zu schicken. Lieber Heiko Maas: Die SPD ist nicht gegründet worden, damit ein SPD-Minister saarländisches Bier zu den Soldaten in Jordanien bringt, sondern damit es keine solchen Kriege mehr gibt. Also: Bringt die Soldaten heim!

Entlarven wir ihre Propaganda und nehmen wir ihnen die Waffen aus der Hand! Die neuste Wunschliste der Verteidigungsministerin umfasst 500 Mio. zusätzliche Rüstungsgeschäfte, sie gehört in den Papierkorb. Wir brauchen keine Kampfdrohnen sondern Kita-Plätze.

Auf die Friedensbewegung in Deutschland kommt in diesem Zusammenhang eine große Aufgabe zu. Gelingt es uns, die angedrohte Aufrüstung zu stoppen, die mit dem Ziel der NATO-Staaten verbunden ist, 2% des BSP für Rüstung auszugeben oder gewinnen die Waffenlobbyisten und politischen Scharfmacher. Diese Frage hat direkte Bedeutung für die zukünftigen Lebensverhältnisse der Menschen im Saarland. Denn logischer Weise müssen die zusätzlich dringend benötigten Finanzmittel für das Saarland dort her kommen, wo Mittel gesellschaftlich unnütz eingesetzt werden, also z. B. aus der Rüstung. Ein Kurs auf Hochrüstung würde die Spielräume für zu erkämpfende soziale und ökologische Fortschritte wesentlich enger machen. Deshalb stellen wir Kommunistinnen und Kommunisten gemeinsam mit anderen Friedensbewegten die richtigen Fragen: Bildung oder Bomben - Pflege oder Panzer - Sanierte Kommunen oder neue Kampfflugzeuge? Lasst uns diesen Zusammenhang in den kommenden Monaten noch deutlicher machen und dabei die bundesweite Unterschriftensammlung Abrüsten statt Aufrüsten unterstützen. Helft mit beim Sammeln, gebt Listen an andere weiter. Dass auch positive Veränderungen im Bereich der internationalen Politik möglich sind, zeigen die aktuellen Entwicklungen in Korea. Das sollte uns doch Mut machen.

Liebe Gen + Gen,

nicht nur im militärischen Bereich wird deutlich, wie gefährlich die momentane internationale Entwicklung ist. Die Widersprüche innerhalb und zwischen den kapitalistischen Staaten, noch befeuert durch die Jahrzehnte des Neoliberalismus, führen zu offenen Auseinandersetzungen. Die an globalem Einfluss verlierende USA greift unter Trump zum Mittel der Handelskriege, sehr zum Ärger des exportorientierten Kapitals und ihren politischen Sprachrohren in Deutschland. Und auch die saarländische Wirtschaft setzt voll auf das Niedermachen der internationalen Konkurrenz durch Technologieführung. Verbunden mit niedrigen Löhnen eignen sie sich Extraprofite an - zulasten der arbeitenden Menschen im Saarland und weltweit. So wenig man der Rhetorik und den Maßnahmen Trumps zustimmen kann, so wenig überzeugend sind die Positionen der EU und der Bundesregierung. Dieses Problem besteht seit Jahrzehnten nicht nur gegenüber den USA sondern im gesamten Welthandel. Der Kapitalismus produziert durch eine hemmungslose Profitmaximierung auf globaler Ebene Kriege, Hunger und Armut, insbesondere in Afrika. Der nun vermutlich losbrechende Handelskrieg wird das Problem nicht lösen, sie läge in einem neuen fairen Weltwirtschaftssystem, das Ungleichgewichte reduziert, die Binnenmärkte stärkt und soziale Perspektiven für alle Länder öffnet. Davon sind wir meilenweit entfernt – auch hier im Saarland. Die enorme Exportabhängigkeit und die nicht überwundenen Ursachen der Finanzkrise werden über kurz oder lang zu neuen noch größeren Krisen führen, die wieder auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen werden sollen. Es wird höchste Zeit, dass gerade die Gewerkschaften im Saarland bei diesem Spiel nicht mehr mitmachen. Nicht die Orientierung auf immer höhere Exportrekorde muss das Ziel sein, sondern eine erhöhte Binnennachfrage, die nicht nur für eine ausgeglichene Handelsbilanz sondern auch zur Armutsbekämpfung dringend notwendig ist.

Die neue US-Regierung unter Trump ist aber nicht nur ein Reflex auf die ökonomische Stärke anderer Staaten wie China und Deutschland. Die Veränderungen im Bereich der bürgerlichen Herrschaft werden immer deutlicher. Macron in Frankreich, Trump in den USA, Putin in Russland, Orban in Ungarn, Kurz in Österreich sind reaktionäre Varianten und es ist für Marxisten existenziell wichtig, diese Veränderungen wahrzunehmen. Es wird angesichts der anhaltenden Krisen ausprobiert, welche Varianten der politischen Herrschaft am erfolversprechendsten sind. Aufgrund der massiven Verschiebungen der Profitraten in Richtung Finanzinstitute ( z. B. zu Institutionellen Anlegern wie Blackrock) und Plattformriesen wie Alfa/Google, Amazon und Facebook treten unterschiedliche Interessen zwischen Kapitalkreisen deutlicher zutage – bis zum Rollback Trumps in der Klimafrage. Schon gibt es erste, wenn auch kleine Kreise innerhalb der CDU, die dies nachmachen wollen. Protektionismus gepaart mit innerstaatlicher Deregulierung, zusätzlichen Steuererleichterungen für Konzerne und Rassismus sowie Abschottung gegen Migranten und Flüchtlinge könnte zu einem gefährlichen Erfolgsmodell werden – mit weitreichenden Änderungen in der bürgerlichen Demokratie.

Und selbst wenn die reaktionärsten Varianten durch eigene Widersprüche und breiten Widerstand scheitern sollten, so sehen wir bereits jetzt, wie der Neoliberalismus auch in Europa immer autoritärere Züge trägt – ob gegen Geflüchtete, bei demokratischen Rechten oder bei Militär und Sicherheit. Wir erleben einen hemmungslosen Ausbau von Videoüberwachung, leichtere Telefonüberwachung und mehr Kooperation zwischen Geheimdiensten und Polizeibehörden. Der Totalüberwachung wird damit Tür und Tor geöffnet. In Bayern können sogenannte Gefährder nur auf Verdacht bis zu drei Monate präventiv in Gewahrsam genommen werden. Vorher galt eine Höchstdauer von zwei Wochen. Alle drei Monate muss die Haft von einem Richter überprüft werden. Theoretisch können Betroffene so jahrelang im Gefängnis sitzen, ohne ein Urteil. Bisher konnte die Polizei erst tätig werden, wenn eine konkrete oder eine unmittelbar bevorstehende Gefahr drohte.

Jetzt aber kann die Polizei schon vorher tätig werden und etwa Aufenthaltsverbote erteilen. Statt einer konkreten Gefahr braucht es zukünftig nur noch eine drohende Gefahr. Und nun sollten auch noch alle psychisch Kranken in einem neuen Gesetz in Bayern als Gefahr für die Allgemeinheit stigmatisiert werden. Wer in einer psychiatrischen Klinik behandelt wird, sollte in Bayern künftig der Polizei gemeldet, die Daten fünf Jahre gespeichert werden. Wenigstens dieser Plan musste aufgrund des breiten gesellschaftlichen Drucks zurück genommen werden, dafür gibt es jetzt die Anweisung, in allen Landesbehörden Kreuze aufzuhängen. Die AfD wird dadurch nicht bekämpft sondern ihre Politik wird salonfähig gemacht. Wie weit ist es denn noch von der CSU-Politik bis zur Position von Saar-AfD-Chef Dörr, Kinder mit Downsyndrom schulisch von anderen zu separieren, weil sie krank seien. Gleiches gilt für die sogenannten Ankerzentren für Geflüchtete, die Seehofer noch vor der Landtagswahl in Bayern einführen möchte. Es sind nichts anderes als Abschiebelager mit Gefängnischarakter. Mit Asylsuchenden soll kurzer Prozess gemacht werden - so haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes das neue Deutschland bestimmt nicht vorgestellt.

Und um diesen Kurs zusätzlich abzusichern, mussten die Bilder von Straßenschlachten aus Hamburg beim G20-Gipfel um die Welt gehen. Politik und Sicherheitskräfte haben diese Eskalation bewusst herbeigeführt. Fast alle Augenzeugen berichten davon, dass die Eskalation der Gewalt zunächst von der Polizei ausging. Dass Grundrechte wie Pressefreiheit und anwaltliche Betreuung massiv eingeschränkt wurden – selbst Journalisten der BILD waren betroffen. Und wir alle wissen, dass bei solchen Anlässen die Geheimdienste ihre Provokateure von der Leine lassen. In den Hintergrund gedrängt werden soll der überragende Zulauf zu den Protesten gegen G20. 75.000 Demonstrantinnen und Demonstranten trotz Hetze, trotz des 20.000-Mann starken schwarzen Polizeiblocks haben das Recht auf Demonstrationen verteidigt. Jetzt sollen die Übergriffe von Chaoten und frustrierten Jugendlichen instrumentalisiert werden gegen linke Kräfte. Monatelang wurden junge Demonstranten ohne irgendeinen Beweis für deren Gewaltanwendung inhaftiert. Auf einmal tauchte ein DKP-Transparent in den heute-Nachrichten auf in Zusammenhang mit angeblichen Übergängen vom Schwarzen Block in andere linke Spektren. Maas fabulierte bei BILD von Konzerten „Rock gegen links“, linke Zentren wie die Rote Flora in Hamburg sollen geschlossen werden. Dagegen gilt es weiter Widerstand zu leisten.

Mit der Kündigung des Klimaabkommens durch die USA ist – nach dem Krieg gegen Terror und dem Umgang mit Geflüchteten - ein weiterer zivilisatorischer Rückschlag in der Weltpolitik zu verzeichnen. Es ist eben nicht gesagt, dass dieser Kapitalismus als quasi grüne Variante seine stoffliche Existenzbedingung sichern wird, darauf war bereits vor Trump kaum zu hoffen. Nun wird eine globale gravierende Klimaumstellung kaum mehr zu verhindern sein – mit weiteren Krisen und noch barbarischeren Schutzmechanismus der westlichen Staaten.

Daher kann es Kommunisten nicht egal sein, wie die aktuellen Auseinandersetzungen um die Politik Trumps enden. Eine Gleichsetzung oder schlimmeres von Trump, Obama und Merkel verbietet sich angesichts der krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklung. Geradezu fahrlässig ist es, sich zurückzulehnen und nach dem Motto „Wenn sich deine Feinde streiten, kann das nur positiv sein“ und auf das Ende der Geschichte zu warten. Was dringend notwendig wäre, ist eine internationale breite Bewegung gegen Krieg, Umweltzerstörung, Abschottung und neoliberale Politik. Die Proteste gegen G20 waren hierfür wichtige Ansätze.

Im Kleinen versuchen wir dies mit unserem bezirklichen Schwerpunkt. Z. B. mit der Unterschriftensammlung „Für eine lebenswerte Zukunft! Millionärssteuer jetzt!“. Das Bündnis stellt eine Klammer dar über verschiedene wichtige gesellschaftliche Bereiche. Vertreten sind zwei Bezirksfachbereichsvorsitzende von ver.di (Gemeinden/Gesundheit), betriebliche Interessenvertreter,

Akteure der Friedensbewegung, attac, Naturfreunde und zwei linke Parteien, DIE LINKE und die DKP. Ziel der Initiative ist es, gegen den landespolitischen Einheitsbrei der GroKo Impulse für einen Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der SaarländerInnen zu setzen. Dabei weisen wir auf die Zusammenhänge zwischen den Finanzproblemen des Landes und der gesellschaftlichen Reichtumsverteilung hin. Wichtige inhaltliche Querverbindungen gibt es zu den Auseinandersetzungen um einen Tarifvertrag Entlastung in der Pflege. Wir haben gemeinsam mit den Erstunterzeichner/innen in den letzten Monaten mehrere Aktionen durchgeführt – auch mit neuen Ideen wie der riesigen Schere zur Reichtumsverteilung oder gegen Merkels Steuergeschenke für die Reichen auf dem Saarbrücker Weihnachtsmarkt. Dennoch wurde die Unterschriftensammlung kein Selbstläufer, bisher haben wir nach unserem Kenntnisstand gemeinsam mit unseren Partnern online 147 Unterschriften und auf Listen 450 Unterschriften gesammelt. Einige Genossinnen und Genossen haben beispielhaft gezeigt, wie es gehen kann – z. B. durch Diskussionsbeiträge und anschließenden Sammlungen auf Gewerkschaftsveranstaltungen. Wir wollen in den nächsten Wochen gemeinsam mit den Erstunterzeichnern und Unterstützern beraten, wie wir mit der Initiative weitermachen.

Derweil macht Macron in Frankreich ernst. Mit aller Macht sollen die sozialen Errungenschaften geschleift werden, um das Land aufzuhübschen für die Profitinteressen des Kapitals. Schon werden die ersten Erfolgsmeldungen verkündet, um die Bevölkerung ruhig zu halten. Wir sind solidarisch mit allen, die sich diesem Kurs entgegenstellen. Als Bezirk streben wir weiter eine Diskussionsveranstaltung mit einer Vertreterin/er der PCF oder CGT an. Und nach dem Erfolgsrezept Macrons kann nun auch in Österreich Sebastian Kurz eine reaktionäre Wende umzusetzen, die er als Bewegung gegen Verkrustung des politischen Systems tarnt. Das alles ist extrem gefährlich.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt der Wahlerfolg von Labour in GB unter Corbyn. Sicher haben wir da auch viele Fragezeichen, aber dennoch ist es doch bemerkenswert, dass eine explizit links ausgerichtete Sozialdemokratie in einem der wichtigsten Länder Europas massiv junge Leute zum Eintritt in die Partei bewegen und den Konservativen entgegen alle Erwartungen und gegen eine massive Medienhetze eine Niederlage beibringen konnte. Erste Wirkungen zeigte dies auch in Form der NoGroKo-Bewegung in uns außerhalb der SPD. Es ist doch ein wichtiges Signal, dass ein Drittel der SPD-Mitglieder gegen die neue GroKo gestimmt hat und gerade letzte Woche wieder ein Drittel der Delegierten nicht dem Personalvorschlag Andrea Nahles gefolgt sind. Da kommt doch etwas in Gang und wir sollten diese Entwicklung positiv aufgreifen.

Liebe Gen + Gen,

„Schlaf Michel schlaf, sei immer lieb und brav!“ So könnte man die politischen Aussagen der saarländischen Landesregierung in den letzten Monaten zusammenfassen. Alles sei in bester Ordnung, alles im Griff, das Haus gut bestellt, wie Hans bei der Amtsübernahme von seiner nach Berlin flüchtenden Vorgängerin sagte. Es wird schöngefärbt, bis sich die Balken biegen und wir sollen es schlucken. Durch die neugeregelten Länderfinanzen sei alles prima. Es ist ungefähr so, als ob man jemandem sein Haus wegnimmt und ihm dann die Überlassung einer Gartenlaube als Fortschritt verkauft, im von der GroKo ausgerufenen kommenden Jahrzehnt der Investitionen.

Es ist aber gar nichts in Ordnung: Das Land ist so kaputtgespart, dass mittlerweile sogar bereitgestellte Gelder für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 46 Millionen Euro in den Kommunen nicht mehr ausgegeben werden konnten, weil Gelder für die Gegenfinanzierung fehlen. Jetzt versucht Boullion mit einem minimalen Notprogramm nachzuarbeiten, weil das Saarland Schlusslicht in dieser Frage bundesweit ist. Viel zu lange hat die CDU behauptet, man bräuchte diesen im Saarland gar nicht. Jetzt wird klar, dass alleine in SB 16.000 bezahlbare Wohnungen fehlen, so eine Studie der Böcklerstiftung. So könnten fast zwei Drittel der Haushalte mit weniger als 60 Prozent des

mittleren Einkommens nicht mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden. Die Stiftung hat zusammen mit Stadtsoziologen aus Berlin und Frankfurt die Wohnungssituation in den 77 deutschen Großstädten verglichen. Danach ist der Mangel in Saarbrücken mit am größten. Nur in Freiburg und Hamburg ist es noch schlimmer. Nun versucht es die Landesregierung mit einem höheren Zuschuss für den Bau von Sozialwohnungen. Ein ähnliches Programm hat in ganz Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren mal gerade 2.000 Wohnungen gebracht. Das wird hinten und vorne nicht reichen.

Der Grund für die Misere ist klar: Mit Luxuswohnraum lässt sich wesentlich mehr verdienen und die Landesregierung will an der Sparpolitik nichts Grundsätzliches ändern. Um es ganz deutlich zu sagen: Die Schuldenbremse verursacht Wohnungsnot und Mietwucher im Saarland. Höchste Zeit für eine andere Politik.

Aber die Schönfärberei bezieht sich nicht nur auf die Wohnsituation. Am schlimmsten sieht es mittlerweile in den Kommunen und in der Bildung aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag nach Statistischem Bundesamt 2016 in den saarländischen Kommunen bei 6894 Euro. Dahinter folgten die Kommunen in Hessen (5353 Euro) und Nordrhein-Westfalen (4594 Euro). Die niedrigsten Schuldenstände gab es demnach in Kommunen in Bayern (2295 Euro), Schleswig-Holstein (2562 Euro) und Sachsen (2636 Euro).

Im Schnitt lag die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland bei 3509 Euro. Von den bundesweit fünf Kreisen mit den höchsten Pro-Kopf-Schulden lagen drei im Saarland: Regionalverband Saarbrücken (9 145 Euro), St. Wendel (6 776 Euro) und Saarpfalz-Kreis (6 559). Es ist zu erwarten, dass die Schere in den Folgejahren weiter auseinander geht. Werden die Altschulden nicht durch Maßnahmen wie eine Millionärssteuer getilgt, droht bei selbst leichter Erhöhung der Zinsen die Zahlungsunfähigkeit.

Die Infrastruktur an Schulen und Hochschulen ist marode. Das Wohnheim D an der Uni steht seit sechs Jahren wegen Baumängeln leer. Die Finanzierung einer Sanierung ist endgültig gescheitert. Es ist ja schön, dass für das neue Informatikinstitut an der Uni eine Internationale Schule gegründet wird, um Forscher aus anderen Ländern ins Saarland zu locken. Besser wäre ein generell so gut ausgestattetes Bildungssystem, dass solche Maßnahmen nicht nötig wären. Und jetzt werden unter dem Namen einer Verwaltungsgebühr auch wieder die Studiengebühren durch die Hintertür eingeführt. Die Unileitung wurde quasi von der Landesregierung erpresst, diesen Schritt gegen die Proteste des AStA zu gehen. Ein fatales Signal für Studierende ohne finanziell gut ausgestattete Eltern. Die Schuldenbremse ist Gift für eine breite Bildung im Land, Sozialarbeiter/innen fehlen in den Schulen an allen Ecken und Enden.

Rechnen wir also mal aus verschiedenen Artikel der Saarbrücker Zeitung zusammen, was wirklich im Saarland zusätzlich benötigt wird in den nächsten 10 Jahren:

An den Schulen fehlen 425 Millionen, im Straßenbau müssen in den nächsten 10 Jahren 275 Millionen investiert werden, nur um den momentanen Stand zu erhalten, an der Uni fehlen 400 Millionen, an den Kliniken 433 Millionen, für die Kanalisation 75 Millionen. Und jetzt der größte Batzen: Allein für Saarbrücken müsste Fördergelder für 16.000 Sozialwohnungen locker gemacht werden. Bouillon gibt dafür jetzt ein paar Millionen, um jede Wohnung mit 1750 EUR/qm zu fördern. Rechnet man hoch, was wir bräuchten, dann sind das bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 80 qm 2,24 Milliarden Euro.

Das bedeutet, dass das Saarland für die nächsten 10 Jahre zusätzlich 3.848 Millionen Euro, also knapp 4 Milliarden Euro bräuchte, allein um die dringendsten Probleme anzugehen. Jährlich wären dies 384 Mio. Euro an neuen Investitionen. Und die Landesregierung plant im angeblichen Jahrzehnt der

Investitionen ab 2020 zunächst gerade mal mit 50 Mio, die weiter steigen sollen, woher auch immer das Geld kommen soll. Wir können es ihnen sagen: Von der Rüstung, von den Millionären und von den Extraprofiten der saarländischen Konzerne. Wir unterstützen deshalb auch die Forderungen des „Aktionsbündnisses für die Würde unserer Städte“, in dem sich 70 verschuldete Städte, darunter Saarbrücken zusammengefunden haben, nach einem grundlegenden Politikwechsel.

Liebe Gen+Gen,

aber nicht nur die Kaputtsparpolitik bedroht die Zukunft unseres Bundeslandes. Diese Landesregierung versagt auch gegenüber den grundlegenden wirtschafts- und strukturpolitischen Herausforderungen. Der neue Ministerpräsident Hans will das Saarland zu einem „Innovationsland“ machen. Doch Start-Up-Gründungen im IT-Bereich können die Probleme, vor denen das Land steht, nicht lösen. Ein klarer Blick für die tatsächliche Lage ist bei dieser Landesregierung offenbar nicht vorhanden.

Die einseitige Abhängigkeit von der Automobilindustrie wird in den kommenden Jahren zum sozialen Problem Nr. 1 im Saarland. 50.000 Beschäftigte finden in diesem Wirtschaftszweig Lohn und Brot. Neben den großen Autoherstellern wie Ford und den Zulieferbetrieben finden in jeder Stadt und jedem Dorf im Saarland viele Menschen ihre Arbeit in kleinen Autowerkstätten, Karosserie- und Reifenbetriebe. Die Branche ist weit verzweigt.

Die weltweite Überproduktionskrise wirkt und schlägt sich in den Umsatzzahlen der Autokonzerne nieder. Vor diesem Hintergrund kommt der Diesel-Skandal gerade recht; mit Lock-Angeboten für neue Autos wollen die Schuldigen des Diesel-Skandals aus der Not schnell eine Konjunkturlokomotive machen.

Das Ende der Zeit des Verbrennungsmotors wird zwar erkannt. Ein Umsteuern auf Elektroautos löst aber die Probleme der Mobilität in der Zukunft nicht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das „Autoland“ Saarland verfügt über eine steigenden PKW-Dichte bei weniger Bevölkerung und gleichzeitig geringerer Nutzung des ÖPNV, wie die Arbeitskammer feststellt. Hier kommt ein riesiger Investitionsbedarf auf das Land zu.

Bei der Landesregierung herrscht allerdings die Auffassung vor, die Marktwirtschaft wird das schon richten. Erneut zeigt sich: Es fehlt der von der DKP immer wieder geforderte Landesentwicklungsplan, der die Zukunftsprobleme herausarbeitet und Konzepte im Interesse der Arbeitenden entwickelt.

Am Umbau der Automobilindustrie führt kein Weg vorbei. Die Frage ist, wie er gestaltet wird, wer trägt die Kosten, wer trifft die Entscheidungen. Für die Chefetagen und Anteilseigner der Automobilkonzerne gilt nur der kurzfristige Profit, was durch die Selbstbedienungsmentalität der Manager und Aktionäre noch unterlegt wird. Es bleibt bei dem, was wir am ersten Tag unserer BDK im November vorigen Jahres gesagt haben; der notwendige Umbau der Automobilindustrie ist mit dem bisherigen „Standortdenken“ in den Gewerkschaften, insbesondere in der IG-Metall nicht auf den Weg zu bringen. Der Umbau ist letztlich eine Frage des Klassenkampfes.

Aber, liebe G + G, die Landesregierung ist nicht nur politisch am Ende sondern auch moralisch, wie der Skandal um den Landessportverband zeigt. Da wurde gemauschelt und Vetterwirtschaft betrieben, dass sich die Balken biegen. Das System Meiser erinnert an feudale Verhältnisse – die Schuldenbremse wurde quasi für die Lieblingsprojekte der CDU im Sport außer Kraft gesetzt. Stellen an Familienmitglieder zuschanzen, Scheckbuchpolitik zur Landschaftspflege vor allem vor den Wahlen, überwiegend von CDU-Politikern, ausnahmsweise durften auch mal ein Paar SPDler ran. Nun hat CDU-Meiser auf Druck seiner Partei sein Amt als Landtagspräsident räumen müssen, Eugen Roth

ist schnell freiwillig von seiner Funktion beim LSVS zurückgetreten. Treffen wird es nun vor allem die kleinen Vereine, die keine Sponsoren haben, um die zu erwartenden Kürzungen abzufedern. Das Prinzip bleibt bestehen: Während im reichen Bayern die Amigos sich im großen Stil die Taschen voll machen, läuft es im Saarland halt ein wenig kleiner ab nach dem Motto „ein großer Saustall besteht immer aus kleinen Scheißhaufen“. Es ist höchste Zeit, dass diese GROKO, die Lieblingsregierung des Kapitals, endlich abgelöst wird. Sie schafft ein Klima, in der die großen Parteien glauben, sich alles erlauben zu können. Damit muss Schluss sein, liebe Gen+Gen.

Aber das ist – wie wir hier alle wissen – leichter gesagt als getan.

Die Grokos in Bund und Land müssen geknackt werden als Voraussetzung für weitere politische Veränderungen. Das kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller linken und fortschrittlichen Kräften in diesem Land gelingen. Wir müssen schleunigst raus aus diesem Zustand der Lähmung.

Wir unterstreichen die Einschätzungen unserer BDK im Dezember 2017:

Wir können die Lebens- und Kampfbedingungen im Saarland nicht aus dem großen und ganzen des weltweiten Kapitalismus herauslösen oder herausdenken. Wir wissen auch, dass ohne einen entsprechenden Aufbruch für eine andere Welt auch im Saarland kein gesellschaftspolitisches Problem nachhaltig gelöst werden kann.

Die Frage ist aber zu beantworten, auch von uns Kommunisten, welche konkreten Aufbruchssignale dafür können wir kreativ nutzen, selbst und mit anderen entwickeln?

Uns geht es dabei perspektivisch um eine Wende hin zur Friedenspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Bekämpfung von Unsicherheit.

Notwendig ist ein alternatives gesellschaftspolitisches Konzept, das überzeugend und glaubwürdig ist.

Ein solches alternatives Projekt muss nach unserer Meinung heute folgende Dreh- und Angelpunkte beinhalten:

Den entschiedenen Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik, kein Einklinken und Mitmachen, Bekämpfung der Schuldenbremse und der Kampf um Verbesserungen der Lage, insbesondere der Mehrheit, der Arbeitenden und Arbeitslosen. Den entschlosseneren Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen, Sozialabbau in den Betrieben und im öffentlichen Dienst. Den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, um mehr Mitbestimmung, für Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen und den Erhalt der kommunalen Strukturen. Das Engagement gegen rechtes Gedankengut, gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Einfluss der AfD auf die Landespolitik muss verhindert werden! Es ist ein Kampf um eine andere Verteilung der Reichtümer dieser Gesellschaft. Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden. Die DKP steht und wirbt für einen antikapitalistischen Kurs, weil nur so die Probleme an der Wurzel angepackt werden können.

Die DKP Saarland sieht zum offenen Dialog, zum produktiven Diskurs aller, die eine fortschrittliche Veränderung wollen und dafür wirken, keine tragfähige Alternative. Aus unserer Sicht ist ein neuer Anlauf, eine neue Initiative dafür dringend notwendig. Die DKP wird im Saarland dafür entsprechend ihrem Einfluss und ihren Möglichkeiten eintreten handeln, Initiativen unterstützen.

Deshalb führen wir mit anderen Linken Gespräche zu folgenden Fragen:

Wie können wir gemeinsam gegen die wachsende Kriegsgefahr im Saarland aktiv werden?

Wie kann der allgemeinen Rechtsentwicklung wirksam begegnet werden?



Wie kann eine Politik „Mensch geht vor Profit“ umgesetzt werden, damit Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtung oder Unternehmerwillkür wie jüngst im Falle von Neue Halberg-Guss verhindert werden?

Wie kann eine wirkliche Perspektive für das Saarland ohne Groko und Kaputtsparen erkämpft werden? Was muss sich dafür verändern und wie können wir gemeinsam dafür wirken?

Der Bezirksvorstand schlägt vor, auf Grundlage des heute vorliegenden Antrags einen Appell an andere linke Kräfte im Saarland zu erarbeiten, um zu einem gemeinsamen Dialog zu diesen Fragen zu kommen.

Mut machen uns dabei weiterhin die Auseinandersetzungen um die Pflege im Saarland. Es ist beeindruckend, wie die Kolleginnen und Kollegen es verstehen, den Druck auf Klinikleitungen und Politik aufrecht zu erhalten. Die Landesregierung hält sich mit Initiativen zurück und hat immer noch eine Bringschuld bei den versprochenen Investitionen für die Krankenhäuser zu leisten. In den einzelnen Häusern wurden in den letzten Monaten dank des Drucks der Belegschaften und von ver.di kleine und teilweise beachtliche Erfolge bei der Personalentlastung durchgesetzt. Wir sehen in diesen Kämpfen Signale des Widerstands, die ein Loch in die Mauer neoliberaler Politik schlagen können. Ihre Wirkung ist nicht zu unterschätzen, auf den letzten beiden Konferenzen haben wir uns intensiv mit diesen Fragen beschäftigt. Bei der vom DGB im März in St. Ingbert durchgeführten Veranstaltung „Metall trifft Pflege“ wurde die Notwendigkeit den Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern solidarisch beizustehen erneut unterstrichen. Jetzt kommt es darauf an, in den Häusern weitere konkrete Verbesserungen durchzusetzen. Die Gewerkschaft ver.di hat deshalb am 13. April dem Universitätsklinikum Saar ein Streik-Ultimatum gestellt. Entweder es kommt unverzüglich zu substantiellen Maßnahmen die zu mehr Personal und Entlastung führen oder es kommt zum Streik. Wir stehen gemeinsam mit den 5.000 Unterstützer/innen des Saarbrücker Appells für Entlastung in der Pflege hinter den Beschäftigten und werden uns an der Gründung einer Solidaritätsinitiative beteiligen.

Liebe G + G,

Wie machen wir weiter in der DKP?

wie ihr wisst, endete für die saarländischen Delegierten der Parteitag mit der Personaldebatte am späten Samstagabend. Wir haben den Parteitag nach einer unsäglichen nahezu inquisitorischen Personaldebatte vorzeitig verlassen, um unseren Protest gegen den Umgang mit unserem Bezirk und mit Genossinnen und Genossen auszudrücken, die auf Grundlage des gültigen Programms Politik machen und sich gemäß des Statuts zum Netzwerk kommunistische Politik zusammengefunden haben. Seit nunmehr siebeneinhalb Jahren sind wir als Bezirk nicht mehr im Parteivorstand vertreten. Trotz aller emotionaler Betroffenheit gilt es jetzt, die Gesamtsituation nach dem Parteitag sachlich zu bewerten.

Der 22. Parteitag der DKP hatte zwei sehr unterschiedliche Gesichter. Nach einem politisch schwachen Referat des Vorsitzenden, der sich zumindest bemühte auf die aktuellen Fragen Antworten zu geben, was einen Fortschritt darstellt, kamen in der allgemeinen Diskussion die nach wie vor vorhandenen Potentiale dieser Partei zum Vorschein. Genossinnen und Genossen diskutierten nicht über unproduktive Glaubensfragen wie ML oder Nicht-ML. Sie versuchten Erfahrungen und Probleme aus ihren politischen Tätigkeitsfeldern zu vermitteln. Das war an dieser Stelle ein ganz anderer Parteitag als der letzte, es ging um politische Inhalte, um Fragen von Strategie und Taktik, die dann später im Leitantrag kaum mehr eine Rolle spielen sollten. Hier sah man, warum

es nach wie vor richtig ist, um den Erhalt dieser Partei zu kämpfen. Leider war die allgemeine Debatte zeitlich stark begrenzt.

Ein erschreckend unpolitisches Herangehen zeigte dann das Referat von der stellvertretenden Vorsitzenden Wera Richter zur Organisationspolitik, der zweite Teil dieses Begriffs fand nicht statt.

Inhaltliche Debatten bestimmten auch die Antragsdiskussion zum Leitantrag und zum Antrag DKP stärken. Doch hier wurde bereits deutlich, dass sich immer wieder dieselben um das Mikro versammelten. Zum Leitantrag wurden 320 Änderungsanträge gestellt – allerdings nur aus etwa 36 Gliederungen der Partei, also Gruppen, Kreisen und Landesverbände. Offensichtlich waren vielen die theoretischen Debatten zu weit von der Realität der Partei entfernt und ähnliches gilt auch für den Stärkungsantrag. Inhaltlich ging es beim Leitantrag darum, dass weit links stehende Kräfte in der Partei einen Abschied von der Strategie des antimonopolistischen Kampfes mit der Orientierung auf die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt durchsetzen wollten.

Der krasse Umschwung trat dann ein, als die Anträge zur Parteiauseinandersetzung zur Beratung kamen. Da ging es dann nicht mehr um Politik sondern um Abrechnung, um Diffamierung, um angebliche Fraktionierung und wie doch das Netzwerk kommunistische Politik die Partei in ihrer Entwicklung behindere. Auch da schon ständig der Vorwurf, wir würden nicht in den Strukturen der Partei arbeiten und weitere groteske Vorwürfe. Es gab dazu aber auch gute Diskussionsbeiträge, auch aus unserem Bezirk. Während die Auflösung des Bezirks Südbayern mit ca. 25 Gegenstimmen beschlossen wurde, hatte der Unvereinbarkeitsbeschluss nur 2/3 Zustimmung. Man merkte vielen Delegierten das Unwohlsein an.

Dann folgten am Samstagabend die Wahlen zu Vorsitzenden und Stellvertretern sowie die Personaldebatte zum Parteivorstand. Am Abend zuvor war ich bei einer erneuten Abstimmung des PV von der Vorschlagsliste abgewählt worden. Ich hielt zunächst meine Kandidatur aufrecht und stellte auf Nachfrage unsere Position zum Netzwerk dar. Dass es um einen Prozess der Deeskalation gehen müsse und um Veränderungen, die die Existenz des Netzwerks überflüssig machen können. In der Debatte erklärte Olaf Harms, Mitglied des Sekretariats des PV, dass er Uwe Fritsch und mich wählen würde, allerdings mit einer Begründung, die erneut mit Kritik und der Aufforderung verbunden war, das Netzwerk nun abzuwickeln. Danach kamen erneute Angriffe, wir sollten doch nicht um den heißen Brei herumreden und klar machen, ob wir jetzt endlich aufhören mit dem Netzwerk oder nicht. Und immer wieder der Vorwurf, dass wir nicht in den Strukturen der DKP arbeiten würden. Dieses verhörtartige Klima, in dem immer dieselben Fragen gestellt wurden, um uns zu stigmatisieren, war persönlich und politisch unerträglich. Übereinstimmend in der Delegation sahen wir in meiner Kandidatur keinen politischen Sinn mehr und waren nicht mehr bereit, diese Farce länger mitzumachen.

Um unseren Protest deutlich zum Ausdruck zu bringen, verließen wir saarländische Delegierten am nächsten Morgen nach einer kurzen Beratung den Parteitag. Wir verstehen dies auch als ein Zeichen, dass wir derartigen Umgangsformen nicht mehr akzeptieren.

Was bedeutet dies alles aus meiner Sicht für unseren Bezirk?

Es geht zum einen darum, den Parteitag in seiner Widersprüchlichkeit zu sehen und zu reflektieren. Es gibt aus Sicht des Bezirksvorstands nach wie vor keine vernünftige Alternative zu unserem Herangehen, um unseren Platz in der DKP zu kämpfen. Wir haben immer betont, dass die DKP nur in einem Prozess des gemeinsamen Politikmachens zusammengeführt werden kann. Der Parteitag hat gezeigt, dass es trotz alledem dafür nach wie vor Chancen gibt.

Zum anderen geht es darum, uns nicht weiter diesen Stil der Auseinandersetzung bieten zu lassen. Wir sind bereit zu jeder kritischen inhaltlichen Auseinandersetzung, aber nicht in Form von Schlammschlachten, die nur das Ziel haben, innerparteiliche Gegner nieder zu machen. Der Parteivorstand trägt für dieses Klima die Verantwortung. Er schreitet nicht ein, sondern verschärft die Lage durch den Unvereinbarkeitsbeschluss und aus der Luft gegriffene Vorwürfe gegen das Netzwerk. Wir erwarten, dass wir nicht länger von führenden Genossen in der DKP als Fußabtreter für ihre eigene Profilierungssucht genutzt werden. Wir erwarten von dem neugewählten Parteivorstand in diesem Sinne aktiv zu werden und dafür zu sorgen, dass der Umgang in der Partei wieder auf sachlicher Grundlage erfolgt und eine gemeinsame Arbeitsgrundlage wieder hergestellt wird.

Insgesamt gesehen lagen wir mit unseren Befürchtungen richtig, was den Parteitag angeht. Die zwischendurch aufblitzenden Hoffnungsschimmer sind am Ende einer Realität gewichen, die ich wie folgt sehe: Die Parteiführung hält nach wie vor an einer engen Zusammenarbeit mit den Ultralinken in der Partei fest und integriert sie. Es gab den faktischen Deal, dass der Leitantrag an der Strategie des Antimonopolistischen Kampfes und der Orientierung auf die Wende festhält und dafür gegen das Netzwerk hart durchgegriffen wird. Gleichzeitig wird mit der Vorbereitung des nächsten Parteitags eine Überarbeitung des Programms betrieben, die voraussichtlich wichtige Elemente unserer programmatischen Linie über Bord schmeißen wird. Die Frage wird sein, wie weit sie gehen werden und ob wir in dieser Zeit Prozesse in Gang setzen können, die den Einfluss dieses ultralinken Teils in der Partei zurückdrängen können.

Es wird immer deutlicher, dass dieser PV die Partei nicht zusammenführen kann. Er ist politisch zu schwach und es fehlt die Fähigkeit den eingeschlagenen Kurs in Frage zu stellen. Die Abwesenheit von adäquater zeitgemäßer Politik wird ersetzt durch Aktionismus, Ränke, Voluntarismus und einfache Lösungen, z. B. in der Frage der Organisationspolitik.

Inhaltlich hat der Parteitag unterschiedliche Signale gesetzt. Zwar wurde mit dem Leitantrag an der grundsätzlichen Orientierung auf die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt festgehalten, allerdings ohne Konsequenzen für die aktuelle Politikentwicklung der Partei. Widersprüchlich bleibt die Bündnispolitik. Dem Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ konnten sich die Zentrale und die Delegierten nicht verschließen. An der Ablehnung des Aufrufs „Aufstehen gegen Rassismus“ wird festgehalten. Beide Entscheidungen sind blanker Opportunismus. Äußerst problematische Aussagen werden weiterhin in vielen aktuellen politischen Fragen getroffen, hier einige Beispiele:

- Die Positionen zur EU vom letzten Parteitag wurden bestätigt, sie stehen in wichtigen Teilen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu den Erkenntnissen im Parteiprogramm.
- Eine völlig unkritische Haltung zur Politik Russlands und Syriens sowie eine distanzierte bis ablehnende Haltung zu den fortschrittlichen Entwicklungen in Rojava isoliert die DKP nachhaltig in Bündnissen und entfernt uns immer weiter vom Anspruch einer kommunistischen Partei, politische Entwicklungen wissenschaftlich und marxistisch fundiert zu analysieren.
- Die Bedeutung der Rechtsentwicklung in unserem Land und die Frage, wie wir dagegen angehen müssen, waren auf diesem Parteitag völlig untergewichtet. Die Parteiführung schafft es nicht, Änderungen in der politischen Lage adäquat zu analysieren wie die Rolle der AfD oder die NOGROKO-Bewegung. Da stimmen über 130.000 Genossinnen und Genossen in der SPD trotz des übermächtigen Drucks ihres PV und der Medien gegen den Koalitionsvertrag und es spielt für die Parteiführung keine Rolle.

Der Unvereinbarkeitsbeschluss soll nun als Waffe gegen unliebsame Teile der Partei oder Einzelpersonen ins Feld geführt werden. Wir müssen also davon ausgehen, dass vor allem die Taktik des Herausdrängens, des Mürbe-machens weiter verfolgt wird. Das bedeutet natürlich nicht, dass einige Scharfmacher auch zum Mittel der Parteiordnungsverfahren greifen werden.

Auf einem Treffen von rund 50 Genossinnen und Genossen des Netzwerks kommunistische Politik wurden Verlauf und Ergebnisse des Parteitages diskutiert. Wir arbeiten weiterhin entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen in unseren Parteistrukturen aktiv als Mitglieder der DKP. Wir rufen alle zweifelnden und enttäuschten Mitglieder auf: Bleibt in der DKP und helft mit, der schleichenden Entpolitisierung der DKP etwas entgegenzusetzen.

Wir als, Bezirksorganisation Saarland, werden die neue Eskalation **nicht** durch eine verschärfte Auseinandersetzung oder Abschottung unsererseits beantworten. Wir bestehen darauf: Wir sind Bestandteil dieser Partei und wir lassen uns nicht rausdrängen oder isolieren. Wir haben eine grundsätzliche Haltung zur DKP, zur kommunistischen Partei, wie sie im Parteiprogramm definiert ist und die unabhängig ist von aktuellen Mehrheiten und stehen weiterhin für eine Deeskalation in der Parteiauseinandersetzung, so wie wir es in den Erklärungen des Bezirksvorstands geschrieben haben. Das wichtigste aber wird sein, dass wir das tun, wofür wir hier im Saarland stehen, nämlich Politik machen für unseren Verantwortungsbereich und in die aktuellen Auseinandersetzungen im Land eingreifen. Dazu haben wir im ersten Teil der BDK bereits wichtige Anträge zur Pflege, zur Landespolitik und zur Situation der DKP beschlossen. Aktuell legen wir heute eine Fortschreibung unserer Landespolitik vor und eine Aktualisierung zu friedenspolitischer Analyse, Aufgabenstellungen und Forderungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor uns liegt in diesem Jahr eine große Kraftanstrengung. Das UZ-Pressesfest vom 7.-9. September ist die wichtigste bundesweite Veranstaltung unserer Partei und gleichzeitig ein Fest der Solidarität und des Austauschs mit anderen linken Kräften. Wir wollen als Bezirk zum Gelingen dieses größten Fests der Linken beitragen. Daher bitten wir Euch: Prüft, ob ihr nach Dortmund mitfahren könnt und kauft schon jetzt den Pressesfest-Button zur Finanzierung. Sprecht andere fortschrittliche Menschen in Eurem Umfeld an, ob sie mitfahren wollen.

Wir bereiten derzeit einen gemeinsamen Beitrag mit dem Bezirk Rheinland-Pfalz vor, in den auch das Filmzelt integriert werden soll. Wie gewohnt werden wir politische Beiträge entlang unserer Landespolitik vorbereiten und auch zur kulinarischen Qualität des Festes beitragen. All das kann nur gelingen, wenn es unser gemeinsames Fest wird. Daher plant schon jetzt Eure Mitfahrt, meldet Euch, wenn ihr Unterstützung braucht. Wir alle freuen uns auf die Konzerte von Konstantin Wecker, Esther Bejarano und vielen mehr. Von Esther soll ich im Übrigen alle Genossinnen und Genossen herzlich grüßen, ich konnte sie letzte Woche nach ihrem Konzert in Kirkel kurz treffen.

In der nächsten Woche steht aber erst einmal der Erste Mai in Saarbrücken auf der Tagesordnung. Wir freuen uns, dass wir auch in diesem Jahr mit einem eigenen Stand unserer AG Betrieb und Gewerkschaft auf dem Fest vertreten sind. Deshalb kommt zur Demo um 11 Uhr am Staatstheater und zur anschließenden Kundgebung am Schlossplatz. Wir wollen UZ gegen Spende verteilen und Unterschriften für die Millionärssteuer und für den Appell Abrüsten statt Aufrüsten sammeln. Helft mit, dass wir mit diesen wichtigen Initiativen vorankommen.

Glück auf!